



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

es ist mir eine große Freude und Ehre, bei der anstehenden Bundestagswahl im September als Direktkandidatin der CDU im Wahlkreis Gifhorn-Peine antreten zu dürfen. Am vergangenen Samstag wurde ich mit 87 Ja-Stimmen (bei einer Gegenstimme) nominiert. Für dieses Vertrauen danke ich ganz herzlich. Ich will mich weiterhin in Berlin für unsere Region starkmachen. Mehr zu meinen Zielen lesen Sie auf S. 6.

Die Ereignisse der vergangenen Tage und Wochen — die Vorwürfe gegen einzelne Abgeordnete — waren verstörend und haben uns als Union auf eine harte Belastungsprobe gestellt. Wir haben umgehend reagiert. Mit Aufklärung, Transparenz und einem Verhaltenskodex wollen wir verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Wir arbeiten bereits an der Umsetzung einer 10-Punkte-Transparenzoffensive. Denn Mitglied des Deutschen Bundestages zu sein, ist Ehre und Verpflichtung zugleich. Wer dieses Amt ausüben darf, muss sich dabei allein am Nutzen für das Gemeinwohl orientieren. Das ist und bleibt unser Anspruch, so verstehe und lebe ich mein Mandat.

Wir sind in Deutschland in einem schwierigen Spagat. Auf der einen Seite sehen wir große Erschöpfung in den Familien, in den Schulen, in den Unternehmen, den Geschäften und bei Selbständigen. Andererseits sehen wir wieder steigende Infektionszahlen und wachsende Belastungen des medizinischen Personals und der Krankenhäuser. Auch wenn der Wunsch, zur Normalität zurückzukehren, zutiefst verständlich ist, können wir noch keine Entwarnung geben. Lockerungen zum falschen Zeitpunkt würden die Pandemie leider immer nur noch weiter verlängern. Das ist unpopulär, entspricht aber auch den Einschätzungen der Wissenschaftler. Für ein erfolgreiches Krisenmanagement braucht es zweierlei: Menschen, die guten Willens sind und Verantwortung für sich und ihre Mitmenschen übernehmen. Und es braucht eine ständig verbesserte Test- und Impfstrategie. Es gilt jetzt, für ein paar Wochen noch einmal eng zusammenzustehen. Denn in diesen Tagen entscheidet sich, wie wir den Sommer verbringen können.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre und Eure



## Bericht aus Berlin

### Rede im Plenum — kooperative Ansätze haben Vorfahrt

In einer Plenarrede am 26. März 2021 zu den Themen Landwirtschaft, Gemeinsame Europäische Agrarpolitik und Lebensmittelverschwendung betonte ich die Wichtigkeit des Niedersächsischen Weges und die Bedeutung der Ernährungsbildung in Schulen.

In einem zugegebenermaßen mühsamen Prozess wurde in Niedersachsen eine vorbildliche Allianz für mehr Natur-, Arten- und Gewässerschutz, für mehr Biodiversität geschlossen. Der Niedersächsische Weg zeigt, dass es möglich ist durch gemeinsame Beschlüsse einer gesellschaftlichen Forderung nachzukommen, voranzugehen und gleichzeitig die wirtschaftliche Seite nicht zu vergessen. Dieser Niedersächsische Weg kann auch Beispiel für andere Bundesländer sein.



Bayern und Baden-Württemberg haben Ähnliches auf den Weg gebracht: Vertraglich gesicherte Anstrengungen für den Umweltbereich, gepaart mit einem finanziellen Ausgleich für die Ertragseinbußen. Das ist der richtige Weg. Dieser Weg ist zukunftsweisend, baut gegenseitiges Vertrauen und Verständnis auf. Diese Kooperationen gilt es nun zu schützen und dafür setze ich mich in Berlin ein.

Deswegen unterstützte ich auch den Antrag der niedersächsischen Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast, der am 26. März im Bundesrat beraten wurde. Die Ministerin strebt an, eine wasserdichte Rechtssicherheit für kooperative Länderlösungen für mehr Insektenschutz zu schaffen. Es geht hierbei darum, dass Ordnungsrecht nicht länderspezifische Regelungen untergräbt. Der kooperative Weg ist ein Baustein, um landwirtschaftlichen Familien zukünftig mehr Verlässlichkeit, Anerkennung und auch Sicherheit der Finanzierung zusätzlicher Umweltleistungen zu geben. Der Antrag ist leider im Bundesrat gescheitert. Nun kommt es umso mehr auf anstehende Beratungen zum Insektenschutzgesetz im Bundestag an!

[Die gesamte Rede finden Sie hier auf meiner Internetseite.](#)



## Bericht aus Berlin

### Kinder stärker vor sexuellem Missbrauch schützen

In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir einen Gesetzentwurf, mit dem die geltenden Straftatbestände des sexuellen Missbrauchs von Kindern verschärft werden. Die Strafrahmen der neuen Straftatbestände der sexualisierten Gewalt gegen Kinder sowie des Straftatbestandes der Kinderpornographie werden angehoben. Bereits die Grundtatbestände werden als Verbrechen ausgestaltet, das heißt: Es wird eine Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe vorgesehen. Außerdem sollen einzelne Strafbarkeitslücken geschlossen und die Strafverfolgung u. a. durch Erweiterung der Ermittlungsbefugnisse effektiver gestaltet werden. In der Strafprozessordnung soll darüber hinaus ausdrücklich ein Beschleunigungsgebot für Strafverfahren mit minderjährigen Opferzeugen verankert werden.



Mit diesen Maßnahmen stärken wir den Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch.

### Mehr Transparenz durch Lobbyregister

Die nun beschlossene Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters, das beim Deutschen Bundestag elektronisch geführt werden soll, begrüße ich sehr. Für Interessenvertreter, die in den Anwendungsbereich der Regelung fallen, besteht künftig eine Eintragungspflicht, bevor sie gegenüber Abgeordneten oder Fraktionen sowie deren Mitarbeitern Interessenvertretung betreiben. Die Gespräche der Interessenvertreter mit Abgeordneten und Bundesregierung selbst müssen nicht dokumentiert oder eingetragen werden. Die Freiheit des Mandats bleibt also unberührt, es wird aber mehr Transparenz geschaffen. Interessenvertretung gegenüber Abgeordneten im Wahlkreis



wird etwas zurückhaltender geregelt. Das ist auch für aktive Wahlkreisarbeit wichtig, denn wir Abgeordnete leben vom direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Unternehmen. Die Eintragungspflicht greift nur dann, wenn die Interessenvertretung regelmäßig oder auf Dauer betrieben wird. Das ist eine verhältnismäßige Lösung!





## Bericht aus Berlin

### Weiteres aus dem Plenum

**Gesetz zur Errichtung der Bundesstiftung Gleichstellung.** Mit diesem in erster Lesung beratenen Gesetz errichten wir die Bundesstiftung Gleichstellung, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Mit dieser Einrichtung bringen wir die Gleichstellung von Frauen und Männern voran. Die Bundesstiftung soll Informationen bereitstellen, die Praxis stärken und die Entwicklung neuer Ideen für die Gleichstellung unterstützen. Die Stiftung wird von einem Direktorium bestehend aus zwei Personen geleitet, welches paritätisch besetzt werden und operativ tätig sein soll. Maßgebliche Entscheidungen über die Stiftungsarbeit trifft der Stiftungsrat, der neben der/dem Bundesfrauenminister/in aus zehn Mitgliedern des Bundestags besteht. Zivilgesellschaft und Wissenschaft sind über einen Stiftungsbeirat eingebunden.

**Gesetz zur digitalen Modernisierung von Versorgung und Pflege.** In erster Lesung brachten wir einen Gesetzentwurf ein, mit dem wir das große Potential der Digitalisierung im Gesundheitsbereich weiter ausschöpfen. Damit dies gelingt, müssen die umfangreichen bestehenden Regelungen fortlaufend an aktuelle Entwicklungen angepasst, ausgebaut und um neue Ansätze ergänzt werden. Der Entwurf schafft Anreize, die Versorgung mit digitalen Gesundheitsanwendungen auszubauen und auf den Pflegebereich zu erweitern. Die Vorteile der elektronischen Patientenakte sollen stärker genutzt werden. Eine weitere Maßnahme ist das Ausweiten der digitalen Kommunikation im Gesundheitsbereich durch Schaffung eines Videokommunikations- und Messagingdienstes. Videosprechstunden sollen auch für Heilmittelerbringer und Hebammen möglich werden. Schließlich sollen weitere Leistungserbringer an die Telematikinfrastruktur angeschlossen werden.

**Berufliche Bildung als Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.** Unser Antrag unterstreicht die Bedeutung beruflicher Bildung für die wirtschaftliche Entwicklung in Entwicklungsländern, worin Deutschland besondere Erfahrungen und Fähigkeiten besitzt. Diese gilt es effizient einzusetzen. Er begrüßt die bereits bestehenden deutschen Aktivitäten im Bereich der beruflichen Bildung in Entwicklungsländern sowie die Mitwirkung von Unternehmen bei der Entwicklung arbeitsmarktgerechter Ausbildungsinhalte. Außerdem fordert der Antrag weitere Unterstützung für Programme, die der Verbesserung von Berufsausbildung in den Partnerländern dienen. Dazu gehört auch der Erfahrungstransfer durch deutsche Unternehmen.

Einen Überblick über die knapp 34 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).

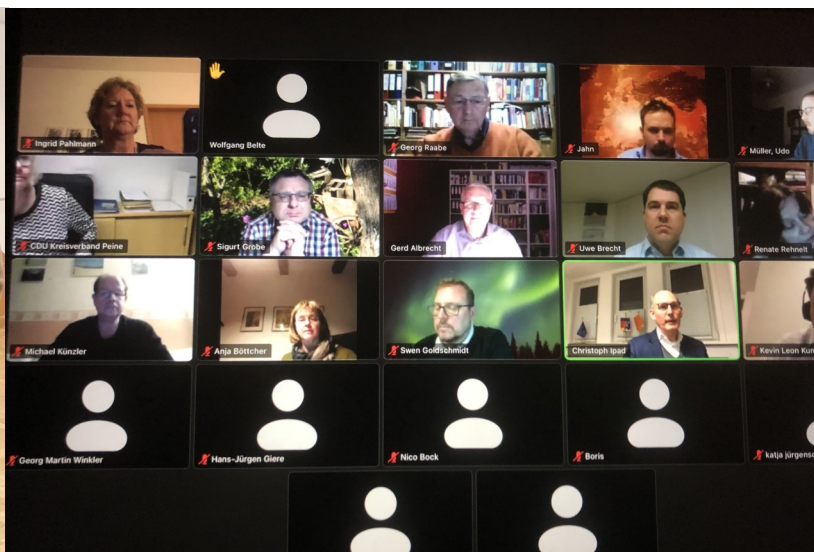


## Bericht aus Berlin

## Impressionen



Mit Telse Dirksmeyer-Vielhauer  
von der CDU Papenteich.



Am Mittwoch schaltete ich mich aus Berlin zur digitalen  
Sitzung des Kreisvorstands Peine.



Mit dem Vorstand der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt tauschten wir uns  
am Dienstag im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement aus.





## Bericht aus dem Wahlkreis

### Für unsere Region möchte ich wieder in den Bundestag

Überwältigend war nicht nur die rege Teilnahme an der Nominierungsveranstaltung, sondern vor allem der enorme Zuspruch und der mir entgegengebrachte Vertrauensbeweis: Mit 87 Ja-Stimmen und bei nur einer Gegenstimme wurde ich am vergangenen Samstag von den CDU-Mitgliedern aus Gifhorn und Peine erneut als Direktkandidatin für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag gewählt. Für jede einzelne Stimme und das damit verbundene Vertrauen möchte ich mich nochmal ganz herzlich bedanken!



In Berlin möchte ich meine politische Arbeit für unsere Region fortsetzen: für starke Familien, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, eine innovative Landwirtschaft, eine zuverlässige Breitbandversorgung und weniger Bürokratie. Ich kämpfe dafür, dass Frauen entsprechend ihren Kompetenzen präsenter in Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung werden. Die vielen bürgerschaftlich Engagierten sollen mit Freude am Gemeinwohl ihr so wichtiges Engagement fortsetzen können — ohne von überbordenden Auflagen erschlagen zu werden. Für all das möchte ich wieder in den Bundestag einziehen. Ich freue mich, wenn Sie mich dabei unterstützen.





**Sprechen Sie uns an —  
wir sind gerne für Sie da!**

## **Kontakt/Impressum**

### **Ingrid Pahlmann MdB**

#### **Bundestagsbüro Berlin**

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 11, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227-72341  
Fax: 030 227-76067  
E-Mail: [ingrid.pahlmann@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro Gifhorn**

Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 740 69 28  
Fax: 05371 937 38 74  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de)  
Ansprechpartner: Frederick Meyer

#### **Wahlkreisbüro Peine**

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine  
Telefon: 05171 769 92 49  
Fax: 05171 150 34  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de)  
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



## **Copyright**

Bilder:

**Kopfzeile S. 2-5:** Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde

**Kopfzeile S. 6:** Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:

© Anne Bermüller/pixelio.de

**Kopfzeile S. 7:** Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Alle weiteren Bilder privat.